

Russland Die Finanzkrise trifft das Land hart – vor allem aber seine Gastarbeiter

«Wir leben wie die Kakerlaken»

Die globale Finanzkrise liess in Russland die boomende Bauindustrie kollabieren. Die Zahl der hungrigen Gastarbeiter an Moskaus Ausfallstrassen steigt und mit ihr die Sorge um den sozialen Frieden.

Christian Weisflog, Moskau

Die Tagelöhner sind in Russland auch während der Boomjahre nicht ausgestorben. Aber jetzt werden sie wieder mehr – die hungrigen Gestalten, die an Moskaus breiten Ausfallstrassen auf den «Arbeiterstrich» gehen und ihre Handlangerdienste für bescheidenes Geld anbieten. «So viele waren es früher nicht», sagt Aslanbek, der nicht mit seinem richtigen Namen zitiert werden möchte. Seit acht Tagen wartet der 52-jährige Usbeke vor einem der grössten Baumärkte Moskaus – dem «Kaschirskij Dwor» – vergeblich auf Arbeit. Mit ihm trotzten hier Dutzende Gastarbeiter in dünnen Jacken und schlecht besohlenen Kunstlederschuhen dem kühlen Wind. Die meisten stammen aus ehemaligen Sowjetrepubliken: etwa aus Tadschikistan, Usbekistan oder Kirgistan, aber auch aus Weissrussland oder der Ukraine.

Wer von der Metrostation «Nagatinskaja» den breiten Gehweg runter zum Baumarkt läuft, trifft früh auf erste Anbieter. Steif und oft stumm stehen sie der potentiellen Kundschaft Spalier, fast wie die entlaubten Bäume entlang der staubigen Strasse. Einige tragen kleine Schilder auf der Brust, auf denen ihre Dienste aufgelistet sind – vom Plattenlegen bis zur Totalrenovierung. Direkt vor dem Markt ist mehr Bewegung. Wer Baumaterial eingekauft hat, kann hier auch gleich einen billigen Handwerker mitbesorgen: Jedes Mal, wenn ein potentieller Arbeitgeber auftaucht, scharen sich die Tagelöhner in Sekundenschnelle um ihn – wie ein Bienenschwarm um die Königin.

Bloss noch halber Lohn

Doch nun in der Krise gibt es immer mehr Arbeiter und immer weniger Arbeit – die Löhne fallen: Noch im Som-

Russland

Polizei nimmt rund 150 Kremlkritiker fest

Die russische Polizei hat bei zwei vom Kremlkritiker und Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow organisierten Demonstrationen rund 150 Oppositionelle festgenommen. Augenzeugen berichteten von Gewalt durch die Sonderpolizei Omon gegen die Demonstranten. Allein in Moskau seien 90 Kremlgegner wegen der Teilnahme an einer illegalen Kundgebung in Gewahrsam genommen worden, sagte Polizeisprecher Viktor Birjukow nach Angaben der Agentur Interfax am Sonntag. In St. Petersburg kam es bei dem sogenannten Marsch der Dissidenten zu etwa 60 Festnahmen. Ungewiss war zunächst Kasparows Verbleib. Der Chef der Oppositionspartei «Anderes Russland» erschien nicht zu seiner Kundgebung in Moskau. Die Kremlgegner hatten trotz eines Verbots der Behörden gegen die Politik der Regierung in der derzeitigen Finanzkrise sowie gegen die derzeitige Verfassungsänderung protestiert. (dpa)



Arbeit um jeden Preis – Tagelöhner scharen sich in Moskau um einen potentiellen Kunden. (Christian Weisflog)

mer habe er umgerechnet rund 100 Dollar pro Tag verlangen können, nun sei es noch die Hälfte, erzählt ein junger Tadschike. Auch Aslanbek weiss nicht, wie er in diesem Monat allein die 30 000 Rubel – knapp 1000 Euro – für die Zweizimmerwohnung zusammenkriegen soll, die er mit Frau, Sohn, Tochter, Schwiegersohn und Enkelkind bewohnt. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur habe er jeden Tag auf die Strasse gemusst, damit es reicht – seit fünf Jahren, ohne ein einziges Wochenende. «Wir leben hier wie die Kakerlaken», sagt Aslanbek, der im Gegensatz zu den jungen Gastarbeitern noch ein gutes Russisch spricht und mit seiner randlosen Brille und dem gepflegten Spitzbart einem Bildungsbürger ähnelt.

Auch der 28-jährige Samatbek spürt die Krise. Als Kirgise erhielt er relativ leicht die russische Staatsbürgerschaft und kann nun auf dem Baumarkt einen eigenen Verkaufsstand für Bodenbeläge betreiben. Doch jetzt ist sein Umsatz um die Hälfte gesunken. Und auch seinen Verwandten und Freunden, die auf Baustellen arbeiten, geht es nicht besser: «Die Löhne werden nicht bezahlt»,

sagt Samatbek. Aus Mangel an Alternativen würden die meisten vorerst trotzdem weiterarbeiten, andere jedoch wollten nun von Tag zu Tag den Lohn direkt auf die Hand haben.

Implodierter Immobiliensektor

Der Bau- und Immobiliensektor galt in den vergangenen Boomjahren als «Lokomotive der russischen Wirtschaft». Jedes Jahr stiegen die Investitionen in diesen Bereich um rund 30 Prozent. Jedoch ohne eine entsprechende Nachfrage: Weniger als zehn Prozent der russischen Familien können es sich leisten, eine Wohnung aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Trotzdem stiegen die Immobilienpreise unablässig, die Spekulationsblase wuchs und wuchs, angeheizt durch die ins Land geschwemmten Petrodollars.

Seit Juli sank der Erdölpreis jedoch von 140 auf rund 40 Dollar pro Barrel, und mit ihm implodierte auch der russische Immobiliensektor. Selbst eine grosse Firma wie die Mirax-Group, die in Moskau mit dem «Federation Tower» zurzeit das höchste Gebäude Europas errichtet, hat sämtliche Projekte, die sich noch

nicht im Bau befinden, auf Eis gelegt. «Viele meiner Konkurrenten, die sich vor allem über Kredite finanziert haben, sind nicht mehr auf dem Markt», erzählt ein Schweizer Bauunternehmer in Moskau. Experten wie etwa der Ökonom Michail Deljagin befürchten nun, dass viele arbeitslose Gastarbeiter in die Kriminalität abdriften könnten. Allein in Moskau sind 1,6 Millionen Fremdarbeiter legal registriert, die Anzahl illegaler Immigranten in der russischen Hauptstadt dürfte jedoch mehr als doppelt so hoch sein. Eine Rückkehr in die armen Heimatländer bietet ihnen wenig Perspektiven: In Tadschikistan etwa entsprechen die Überweisungen der Gastarbeiter an ihre Familien 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Wirtschaftskrise könnte daher den sozialen Frieden in Russland, wo seit Anfang Jahr bei rassistischen Übergriffen mindestens 82 Immigranten von Ultranationalisten ermordet wurden, auf eine harte Probe stellen. Denn auch in Branchen, in denen mehrheitlich Russen arbeiten, werden bereits kräftig Arbeitsplätze gekürzt. Aslanbek und seinesgleichen droht ein frostiger Winter – vor allem in sozialer Hinsicht.

Irak US-Präsident Bush auf Abschiedsbesuch

«Invasion war notwendig»

Fünf Wochen vor seinem Amtsabtritt hat US-Präsident George W. Bush am Sonntag dem Irak überraschend einen Abschiedsbesuch abgestattet. Bei einem Treffen mit Iraks Präsident Dschalal Talabani bezeichnete Bush die Invasion in das Land erneut als «notwendig». «Die Aufgabe war nicht leicht, aber sie war notwendig für die Sicherheit der USA, die Hoffnung der Iraker und den Frieden in der Welt», sagte Bush bei dem Treffen in Bagdad. Er sei erfreut, fünf Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit noch einmal den Irak besuchen zu können. Talabani nannte Bush einen «grossen Freund des irakischen Volks», der bei der Befreiung des Landes helfe.

Zudem hob Bush die Bedeutung des mit dem Irak geschlossenen neuen Sicherheitsabkommens hervor. Die Arbeit an dem Dokument sei nicht leicht gewesen, sagte Bush. «Es ist aber nötig für die Sicherheit der USA, die Hoffnungen im Irak und für den Weltfrieden.» Das iraki-

sche Parlament hatte das Sicherheitsabkommen vor drei Wochen verabschiedet. Dieses sieht unter anderem einen Abzug der US-Truppen bis 2011 vor. Derzeit sind in dem Land noch 140 000 US-Soldaten im Einsatz, deren Aufgaben Zug um Zug von irakischen Sicherheitskräften übernommen werden sollen. (rtd)



Bush (rechts) mit Iraks Präsident Dschalal Talabani. (ap)

Pakistan

Brown bietet Anti-Terror-Pakt an

Grossbritanniens Premierminister Gordon Brown hat Pakistan zur Bekämpfung der Extremisten einen Anti-Terror-Pakt angeboten. Die Mehrzahl der von den britischen Behörden aufklärten Anschlagpläne stehen laut Brown in Verbindung mit Al-Qaida in Pakistan. «Daher ist es jetzt an der Zeit, zu handeln», sagte Brown am Sonntag nach einem Treffen mit dem pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari in Islamabad. Bei einem Blitzbesuch in Indien hatte Brown zuvor bereits die in Pakistan ansässige Extremistengruppe Lashkar-e-Taiba (LeT) für die Attentate von Bombay verantwortlich gemacht.

Zardari sagte, sollten indische Ermittlungsergebnisse auf weitere Terrorverdächtige in Pakistan hinweisen, würden diese verfolgt. Brown sagte Pakistan weitere Mittel zu, etwa beim Aufspüren und Entschärfen von Bomben sowie bei der Flughafensicherheit. (rtd)

Griechenland

Molotow-Cocktails gegen Polizei

In Griechenland sind die gewaltsamen Proteste in die zweite Woche gegangen. Rund hundert Jugendliche griffen in der Nacht auf Sonntag in der Hauptstadt Athen eine Polizeistation mit Molotow-Cocktails an. Erst bei Tagesanbruch beruhigte sich die Lage. Am Samstagabend hatten sich zunächst mehrere hundert Schüler und Eltern schweigend vor dem Parlament versammelt, um des 15-Jährigen zu gedenken, der eine Woche zuvor durch eine Polizeikugel getötet worden war. Sie legten Blumen nieder und zündeten Kerzen an. Doch wie schon in den Nächten zuvor kam es neben den friedlichen Protesten auch zu Krawallen. Die Randalierer schlugen Schaufenster von Banken und Geschäften ein und bewarfen Polizisten mit Brandflaschen. Die Polizei drängte die Demonstranten mit Tränengas zurück. In Thessaloniki zerstörten rund hundert Jugendliche die Scheiben einer Sporthalle, bevor sie sich auf das Universitätsgelände zurückzogen.

Die Polizei geht davon aus, dass durch die Krawalle Schäden in der Höhe von rund 200 Millionen Euro entstanden. (rtd)

Rumänien

Grosse Koalition steht

Rumänien wird künftig von einer grossen Koalition aus Rechtsliberalen und Sozialisten regiert. Die bisherigen politischen Gegner PD-L (Demokratisch-Liberale Partei) und die sozialistische PSD unterzeichneten am Sonntag einen Koalitionsvertrag. Die Vorsitzenden beider Parteien, Mircea Geoana (PSD) und Emil Boc (PD-L), betonten, angesichts der auf Rumänien zukommenden Folgen der globalen Krise sei es jetzt angebracht, das nationale Interesse über politische Rivalitäten zu stellen. Designierter Ministerpräsident ist der PD-L-Politiker Theodor Stolojan. Er wird sich mit seinem Programm in wenigen Tagen dem Parlament zur Wahl stellen. Bei der Parlamentswahl am 30. November waren beide Parteien nahezu gleich stark geworden, hatten jeweils die absolute Mehrheit jedoch verfehlt. (dpa)

In Kürze

Engere Zusammenarbeit

Paris. Afghanistan und fast alle seine Nachbarstaaten haben sich am Sonntag bei Paris auf eine engere Zusammenarbeit verständigt. Vor allem bei der Sicherung der Grenzen soll es künftig eine engere Abstimmung geben. (dpa/afp)

Anschlag auf Polizeidirektor

Passau. Der Polizeichef der deutschen Stadt Passau ist durch eine Messer-Attacke eines mutmasslichen Neonazis schwer verletzt worden. Ein Glatzköpfiger hatte am Samstagabend dem Polizeichef in der Dunkelheit aufgelauert. Er beleidigte ihn mit nationalistischen Parolen. Anschliessend rammte er ihm ein Messer in den Bauch. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sprach von einer neuen Dimension rechter Verbrechen im Bundesland. (dpa)

Machtkampf in Somalia

Baidoa. In Somalia ist der Machtkampf zwischen Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed und seinem Regierungschef Nur Hassan Hussein offen entbrannt. Yusuf verkündete am Sonntag die Entlassung Husseins und seines gesamten Kabinetts. (afd)